

Bericht vom Schulungsseminar

„Gegen die Liberalisierung öffentlicher Dienste in TTIP und anderen Abkommen“

Veranstaltet von EGÖD, EGBW, AK und ÖGB

15. - 16. Januar 2015, ÖGB-Zentrale, Wien

Der vorliegende Bericht ist eine Zusammenfassung der wichtigsten Diskussionspunkte. Der Bericht sowie die dazugehörigen Hintergrundinformationen und Präsentationen sehen auf den Websites von EGÖD und EGBW zur Verfügung.

Eröffnungssitzung

Penny Clarke (EGÖD), Agnes Roman (EGBW), Nikolai Soukup (AK) und Thomas Kattinig (GDG-KMSfB /ÖGB) begrüßten die TeilnehmerInnen. Penny Clarke erklärte, das Ziel des Seminars bestehe in der Entwicklung von Strategien gegen die weitere Liberalisierung öffentlicher Dienste durch Handelsabkommen (hier besonders CETA, TTIP und TiSA) sowie in einer Bestandsaufnahme der Entwicklungen in den einzelnen Ländern. Agnes Roman kommentierte die potenziell negativen Auswirkungen von Handelsabkommen und führte als Beispiel die Erwachsenenbildung und das Problem der Trennung zwischen privat und öffentlich an. Nikolai Soukup ging auf die Komplexität der Handelsabkommen ein und wies darauf hin, dass eine politische und keine technische Debatte über die Zukunft öffentlicher Dienste gebraucht werde. Thomas Kattinig referierte über die negativen Auswirkungen von Handelsabkommen auf den Arbeitsschutz und die Arbeitnehmerrechte.

Warum die Handelspolitik wichtig für ArbeitnehmerInnen und öffentliche Dienste ist

Thomas Fritz von PowerShift (Deutschland) informierte in einer Übersicht (siehe PowerPoint) über Themen, die in Freihandelsabkommen für die öffentlichen Dienste von Bedeutung sind, und ging ebenfalls auf das Thema Liberalisierung ein. Zurzeit laufen Verhandlungen zu TTIP, TiSA und CETA. Europa kann aber auf eine lange Geschichte von Handelsabkommen mit Auswirkungen auf öffentliche Dienste zurückblicken, wobei GATS die größte Bedeutung hat. Der konsolidierte CETA-Text wurde veröffentlicht - von daher lässt sich schließen, wie TTIP aussehen könnte, da CETA weitgehend als Blaupause für TTIP angesehen wird. Der CETA-Text wurde noch nicht ratifiziert, und die Europäer müssen dem noch zustimmen, eventuell ebenfalls die nationalen Parlamente der einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Mit Bezug auf den CETA-Text erörtere Thomas einige Beispiele, wie CETA und möglicherweise auch TTIP eine Reihe von Schlupflöchern für die Privatisierung bietet. Bei seiner Interpretation des Textes ging Fritz auf die Probleme der einzelnen Teile des Abkommens ein, z.B. die 'Kernverpflichtungen', ISDS, Positiv-/Negativlistenansatz, geringer Stellenwert von Menschenrechten einschließlich Arbeitnehmerrechten. Zu den 'Schlupflöchern' in CETA gehören:

- Im Anhang I (bereits bestehende Maßnahmen) sind die EU-Ausnahmen für Postdienstleistungen sehr begrenzt (nur Aufstellen von Briefkästen).
- Im Anhang II (zukünftige Maßnahmen) gibt es Ausnahmen für die Telekommunikation und im geringeren Umfang für die Wasserwirtschaft (keine Abwasserentsorgung)
- Die ISDS-Bestimmungen können zum Teil auf das Kapitel über die öffentliche Auftragsvergabe angewendet werden (auch wenn dies nach Aussage der EU nicht der Fall ist).

- Auf der einzelstaatlichen Ebene gibt es bei den Ausnahmen beträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern. Einige Staaten (Belgien) haben umfassende Ausnahmeregelungen im Bereich der Energiedienstleistungen, andere nicht. Das gilt ebenfalls für den Sozialschutz, hier ist Deutschland eines der wenigen Länder mit umfassenden Ausnahmen. Kein Mitgliedsstaat hat aber Investitionen in seine Ausnahmeliste aufgenommen.

In der Diskussion haben wir gesagt, dass auf Ebene der EU und der einzelnen Staaten mehr 'technische' Arbeit erforderlich ist, um die Probleme und Hintertüren im CETA-Text näher zu benennen. Diese können nämlich zu einer weiteren Liberalisierung öffentlicher Dienste führen entgegen dem Protokoll Nr. 26 über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und dem Artikel 4 des EUV zum Thema regionale und kommunale Selbstverwaltung, und es können auch andere politische Ziele gefährdet werden (so haben sich zum Beispiel die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission darauf geeinigt, dass die Langzeitpflege im Rahmen sozialer Absicherungssysteme gewährleistet bleiben muss, siehe auch den vor kurzem veröffentlichten gemeinsame Bericht über Langzeitpflege. Viele Mitgliedstaaten haben aber die Langzeitpflege in ihre Liberalisierungsverpflichtungen für CETA aufgenommen). Wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir öffentliche Dienste 'handelssicher' machen können, damit bestimmte Dienste vor der Privatisierung geschützt werden. Das gilt auch für Wasser als Gemeinschaftsgut und Menschenrecht.

Antworten der Gewerkschaften auf die Handelspolitik

Nikolai Soukup (AK) moderierte eine Podiumsdiskussion zu den Strategien der Gewerkschaften. Einleitende Worte:

- Jürgen Buxbaum (PSI) erklärte, es sei besonders wichtig, die technische Sprache der Freihandelsabkommen für die Allgemeinheit verständlich zu machen. Die Produktion von Veröffentlichungen und Broschüren ist eine wichtige Voraussetzung, Informationen auf allen Ebenen zu verbreiten. PSI lehnt diese Abkommen ab, so lange die damit verbundenen Risiken nicht beseitigt werden. Die Öffentlichkeit muss durch Aufklärungskampagnen sensibilisiert werden. PSI informiert ihre Mitglieder.
- Louise Høj Larsen (EGBW) wies darauf hin, dass es beträchtliche Folgen für die Bildung haben werde, wenn sie zu einem handelbaren Gut wird. Darüber hinaus kann es schwierig werden, zwischen privaten und öffentlichen Bildungsangeboten zu unterscheiden mit der Folge möglicher Fallstricke. Die Freihandelsabkommen sind im Kern hochpolitisch, aus diesem Grund sollten sie auch öffentlich diskutiert werden. Das EGBW beobachtet die Situation so genau wie möglich und stellt den Mitgliedern, der Öffentlichkeit und der Politik alle relevanten Informationen zur Verfügung. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist ein entscheidender Faktor.
- Für Larry Brown (NUPGE) ist es besonders wichtig, die wahre Natur der Freihandelsabkommen zu verstehen. NAFTA hat sich letztlich als Katastrophe herausgestellt, obwohl es zunächst enthusiastisch gefeiert worden war. CETA und vermutlich auch TTIP sind zutiefst undemokratische Abkommen. Eine Gefahr besteht darin, dass einmal durchgeführte Maßnahmen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Larry forderte Aufklärungskampagnen und die Miteinbeziehung kommunaler und regionaler Behörden, ebenfalls der Mitglieder von Regierungen und der EuropaparlamentarierInnen.
- Angela Pfister (ÖGB) erklärte, dass sich die nationalen Regierungen und die Regionalverwaltungen der Tatsache bewusst werden müssen, dass die EU den Weg für Privatisierungen freimacht und somit politische Handlungsspielräume der Staaten einschränkt. Angela erklärte, dass die Gewerkschaften auf unterschiedlichen Wegen zum Erfolg kommen müssten. Ein Netzwerk aus Gewerkschaften und NGO auf EU-Ebene muss eine gemeinsame Strategie koordinieren. Auch Lobbyarbeit ist als eine permanente Aktion wichtig. Die

Gewerkschaften müssen einen eindeutigen Standpunkt hinsichtlich der Freihandelsabkommen einnehmen, denn diese sind nicht dazu gedacht, ArbeitnehmerInnen und öffentliche Dienste zu schützen.

Im Laufe der Diskussion wurden auch die weiter anhaltenden Versuche der Europäischen Kommission erwähnt, ISDS trotz des sich formierenden Widerstandes durchzusetzen. In zahlreichen osteuropäischen Ländern, die bilaterale ISDS-Vereinbarungen mit Kanada (und den USA) haben, erklärten die Regierungen, dass die ISDS-Klausel in CETA eine Verbesserung wäre. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass es andere Möglichkeiten gebe, sich mit diesen schlechten Vereinbarungen auseinanderzusetzen, und dass aus 'zweimal falsch nicht einmal richtig' wird. Der gemeinsame Kommentar zu ISDS in CETA liefert gute Argumente, warum eine ISDS-Klausel nicht in CETA oder TTIP enthalten sein sollte (den Kommentar gibt es in den meisten EU-Sprachen). ISDS kann ein guter 'Aufhänger' und Einstieg in die Handelsdebatte sein und dazu führen, dass sich die Mitglieder für das Thema interessieren. ISDS ist aber ganz sicher nicht das einzige Problem.

Der Zusammenhang zwischen den laufenden Handelsverhandlungen und der Dienstleistungsrichtlinie wurde ebenfalls erwähnt. Hier wird der Hochschulsektor im Slowenien von der Kommission wegen seines Zulassungssystems attackiert. Wie bei den Handelsabkommen geht es auch bei der Dienstleistungsrichtlinie um die Beseitigung von Hindernissen für den grenzüberschreitenden Handel, und es gibt keine Garantie dafür, dass bestehende Ausnahmeregelungen Bestand haben werden. Das durchgesickerte Papier der Kommission über die Regulierungszusammenarbeit im Rahmen des TTIP weist zahlreiche Parallelen zu der Dienstleistungsrichtlinie und mit der REFIT-Agenda für eine bessere Regulierung auf. Die Kommission wird die Dienstleistungsrichtlinie wahrscheinlich in naher Zukunft überarbeiten und weitere Maßnahmen zur Förderung des Binnenmarktes ergreifen, wie dies in den letzten Beschlüssen des Rates zum Binnenmarkt bereits angedeutet wurde.

Wie CETA und TTIP zeichnet sich die Dienstleistungsrichtlinie durch einen 'Negativlisten-Ansatz' bei der Liberalisierung aus (was nicht explizit ausgeklammert wird, fällt in den Geltungsbereich der Richtlinie) und ist unserer Meinung nach eine komplexe Angelegenheit. Ein 'Positivlisten-Ansatz' für das Eingehen von Verpflichtungen für den Marktzugang (TiSA und GATS) führt beim Liberalisierungsprozess ebenfalls zu einer 'Einbahnstraße'.

Welches sind die Hauptbedenken der EGÖD/EGBW-Mitglieder?

Die TeilnehmerInnen erklärten die Situation in den einzelnen Ländern und die wichtigsten Bedenken der vertretenen 25 Länder. Die Freihandelsabkommen und besonders TTIP werden in zahlreichen Ländern diskutiert. Einige Gewerkschaften haben, entweder in Eigeninitiative oder auf europäischer Ebene, gemeinsame Standpunkte verfasst sowie Tagungen veranstaltet oder andere Aktionen zum Thema Freihandelsabkommen durchgeführt. Darüber hinaus arbeiten zahlreiche Gewerkschaften auch mit nationalen NGO und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen, um ihre Einflussmöglichkeiten zu stärken. In einigen Ländern erkunden die Gewerkschaften auch juristische Möglichkeiten, um gegen bestimmte Aspekte der Freihandelsabkommen vorzugehen, wenn diese gegen die Verfassung verstoßen.

Viele TeilnehmerInnen erklärten, dass es problematisch sei, bei den nationalen Regierungen Gehör zu finden, da diese kein Interesse an dem Thema hätten. Einige wenige GewerkschaftsvertreterInnen berichteten, dass es praktisch überhaupt keine Debatten zu dem Thema gebe. In einigen Ländern stehen andere Themen ganz oben auf der Tagesordnung, z.B. die Spardiktate, entgangenen Steuereinnahmen und Kürzungen öffentlicher Ausgaben (und ebenfalls Einsparungen im Bildungs- und Gesundheitswesen). Die eigentliche Aufgabe besteht darin, die Zusammenhänge zwischen diesen unterschiedlichen Problemen darzustellen. In anderen Ländern

haben die Gewerkschaften eine positive Grundeinstellung zu den Freihandelsabkommen und/oder konzentrieren sich auf die arbeitsrechtlichen Bestimmungen der Abkommen. Im Hinblick auf TTIP haben die meisten Gewerkschaften jedoch Bedenken wegen der ISDS-Klausel und der Liberalisierung öffentlicher Dienste geäußert. Hier wurde erwähnt, dass CETA eine Benchmark-Funktion zur Beurteilung dieser Bedenken und zur Überprüfung nationaler Standpunkte biete.

Die Mehrheit der VertreterInnen stellte fest, dass die einzelstaatlichen Regierungen mit einigen wenigen Ausnahmen eine eindeutig positive Einstellung zu den Handelsabkommen hätten. Die Argumente, die die Staaten zur Befürwortung dieser Abkommen vorlegen (mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze), werden nicht ausreichend in Frage gestellt; dies gilt umso mehr, als die gleichen Staaten zu Hause das Wachstum behindern und Arbeitsplätze abbauen. Nur einige wenige Staaten haben sich kritisch zu bestimmten Teilen der Freihandelsabkommen geäußert (ISDS, Regulierungszusammenarbeit).

Nächste Schritte (CETA)

Larry Brown (NUPGE) erinnerte daran, dass es bei den derzeitigen Freihandelsabkommen eigentlich nicht um Handelsthemen gehe, nur 1% des Inhalts befasst sich tatsächlich mit Handel. Nur Sachverständige sind in der Lage, die Texte zu dechiffrieren. Darüber hinaus sind die ISDS-Regelungen nicht anderes als eine Privatjustiz der Unternehmen. In dem Maße, wie die Konzerne ein Übermaß an Macht erhalten, wird die Ungleichheit der Waffen de jure festgeschrieben. Die 'Ratchet-Klausel' verhindert, dass Liberalisierungen rückgängig gemacht werden können, und schränkt politischen Handlungsspielraum ein. Können wir einen 'positiven' Zugewinn aus diesen Abkommen ziehen (anspruchsvolle Arbeitsnormen, verbindliche Vorgaben für die soziale Verantwortung der Unternehmen, Maßnahmen gegen den Klimawandel oder gegen die Steuerhinterziehung)? Larry wies darauf hin, dass zuerst die aktuellen Handelsprobleme gelöst werden müssen. Die Freihandelsabkommen müssen insgesamt gestoppt und nicht nur geändert werden. Die Gewerkschaften müssen den schwer verständlichen Fachjargon in eine Sprache übersetzen, die die Mitglieder und die Öffentlichkeit leicht verstehen. Die Aussagen selbst sind in Frage zu stellen. Es gibt keine Entschuldigung dafür, nichts zu unternehmen. Die Gewerkschaften müssen jetzt handeln - auch wenn sie nicht über alle erforderlichen technischen Kapazitäten verfügen. Larry stellte ebenfalls fest, dass es für die Gewerkschaften ein großer Vorteil sei, auch über den Atlantik hinweg zusammenarbeiten zu können. So könne man sich gegenseitig unterstützen und auch mit der Wissenschaft kooperieren.

Daniele Basso (EGB) erklärte, dass sich EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol am Nachmittag mit der Handelskommissarin Cecilia Malmström treffen werde, mit der sie in einem regelmäßigen Dialog stehen. Darüber hinaus arbeitet der EGB eng mit den kanadischen und US-amerikanischen KollegInnen zusammen (CLC und AFL-CIO) und fordert ein starkes und durchsetzbares Kapitel über Arbeitsrecht, den Verzicht auf ISDS und eine Positivliste für öffentliche Dienste. Im Oktober 2014 hat der EGB das CETA-Abkommen abgelehnt und alle seine Mitglieder aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen. Basso beendete seine Ausführungen mit dem Hinweis auf den Zusammenhang zwischen CETA und TTIP und stellte fest, dass sie beide gleich gefährlich seien. Der EGB arbeitet mit EGÖD und EGBW sowie anderen Gewerkschaftsverbänden zusammen und koordiniert gemeinsame Strategien der Mitglieder.

Strategien für den Erhalt qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste in Handelsabkommen

Pablo Sanchez (EGÖD) moderierte eine Podiumsdiskussion über Lobbyarbeit und Kampagnenideen für die zukünftige Arbeit.

- Jörg Leichtfried (MEP, S&D) beschrieb den Prozess, wie in der EU Handelsabkommen geschlossen werden. Der endgültige Text muss vom Rat und vom Europäischen Parlament angenommen werden. Schließlich muss der Europäische Gerichtshof (EuGH) evtl. eine Entscheidung treffen, wenn es sich um ein gemischtes Abkommen handelt. Wenn es um ein gemischtes Handelsabkommen geht (das sowohl in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten als auch der Kommission fällt), müssen auch die nationalen Regierungen zustimmen. Die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft müssen dafür sorgen, dass die Freihandelsabkommen als gemischte Abkommen angesehen werden. Zur Frage des aktuellen Stands von CETA und TTIP wies Jörg darauf hin, dass der CETA-Text zurzeit einer Rechtsförmlichkeitsprüfung unterzogen wird. Die nächste Verhandlungsrunde für TTIP beginnt im Februar 2015. Im EU-Parlament sind die EVP und ALDE gleichermaßen für beide Abkommen. Die Grünen und GUE sind dagegen. Die Stimmen der S&D-Fraktion werden bei der Abstimmung über Handelsabkommen von entscheidender Bedeutung sein.
- Daniele Basso (EGB) erinnerte an die gemeinsamen Erklärungen mit AFL-CIO und forderte ein starkes und durchsetzbares Arbeitsrechtkapitel. Die USA haben sechs der acht grundlegenden IAO-Übereinkommen nicht ratifiziert. Weiterhin wäre es interessant zu erfahren, wie viele neue Arbeitsplätze tatsächlich entstehen oder verlorengehen würden, denn die dazu durchgeführten Studien kommen zu völlig unterschiedlichen Szenarien. Die meisten Studien sind hinsichtlich der neu entstehenden Arbeitsplätze eher skeptisch. Im Kapitel über nachhaltige Entwicklung müssen auch Sanktionsmöglichkeiten vorgesehen werden, damit Gewerkschaftsrechte geschützt werden.
- Alexandra Stickner (ATTAC Österreich) erklärte, dass ihre Organisation eine Plattform für den Kampf gegen CETA, TTIP und TiSA eingerichtet habe. Die ISDS-Regelung muss aus den Handelsabkommen gestrichen werden, auf der anderen Seite müssen Klimaaspekte berücksichtigt werden. ATTAC Österreich arbeitet eng mit Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft zusammen und hält es für entscheidend, die Öffentlichkeit für den Kampf gegen die Handelsabkommen zu gewinnen. Am 18. April 2015 wird es einen transatlantischen Aktionstag geben. Es wird eine Karte mit den Orten erstellt, an denen Aktionen stattfinden. Österreich muss sich jetzt mit einer ersten ISDS-Klage auseinandersetzen.

Entwicklung unserer Aktionspläne zum Erhalt öffentlicher Dienste in Handelsabkommen

Pablo Sanchez (EGÖD) gab eine Einführung in die Diskussion und erklärte, dass wir parallel auf nationaler und EU-Ebene arbeiten müssten. Es sollten Profile der einzelnen MEP angefertigt werden, aus denen ihr Standpunkt zu den Abkommen ersichtlich wird. Es gibt weitere Organisationen, mit denen eine Zusammenarbeit möglich wäre, z.B. EPHA (Gesundheit), BEUC (Verbraucher) und FoEE (Umwelt).

Während der Diskussion wurde darauf verwiesen, dass alle BürgerInnen informiert werden müssen und dass Aktionen auf allen Ebenen stattfinden müssen, d.h. lokal, national und international. Das kommende Jahr wird sehr wichtig, und die Gewerkschaften müssen die aktuell entstehende Dynamik für sich nutzen. In dieser Hinsicht ist auch die beständige Entwicklung von Forschungs- und Infomaterial von entscheidender Bedeutung. Es wurden folgende Punkte vorgeschlagen:

- EGÖD und EGBW sollten koordinierte europaweite Aktionen zum Thema Handelsabkommen durchführen und dabei mit dem EGB im Bereich CETW/TTIP und mit der BI/PSI im Bereich TiSA zusammenarbeiten.
- Technische und politische Debatten müssen parallel stattfinden. Wir sollten nützliche nationale und andere Arbeiten ermitteln. Einige EGÖD-Mitglieder lassen sich juristisch im Hinblick auf die Folgen von CETA und TTIP beraten.

- Nationale Gewerkschaften sollten Profile ihrer MEP erstellen um zu sehen, welche Standpunkte sie zu den Freihandelsabkommen vertreten.
- Für die einzelstaatlichen Regierungen sollte ebenfalls eine Übersicht über ihre Meinung zu den unterschiedlichen Problembereichen erstellt werden. Mitglieder sollten besonders Kontakt zu Gesundheits-, Bildungs- und anderen Ministerien aufnehmen um festzustellen, ob diese eine nuanciertere oder kritischere Meinung zu den Handelsabkommen haben; hier ist eine mögliche Zusammenarbeit zu sondieren.
- Weiterhin sollten die nationalen Gewerkschaften Schreiben an ihre Europaabgeordneten senden. EGÖD und EGBW können hier entsprechende Musterbriefe zur Verfügung stellen.
- Es sollten mehr Kontakte zu PolitikerInnen auf Lokal- und Regionalebene hergestellt werden, um sie zu mobilisieren.
- Unsere Strategie sollte den Schwerpunkt auf alle drei der vom EGB benannten Hauptkritikpunkte setzen (Arbeitsnormen, öffentliche Dienste und ISDS). Diese Liste kann um den Punkt Regulierungszusammenarbeit ergänzt werden.
- EGÖD und EGBW werden die Mitglieder intensiver mit einfachen Briefings unterstützen. Beide Websites verfügen schon jetzt über zahlreiche Informationsangebote, die entsprechend genutzt werden können.
- Eine intensivere Netzwerkarbeit und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Gewerkschaften (Sektoren und Verbände), NGO und sonstigen Stellen (z.B. Kommunalverwaltungen) wird dafür sorgen, dass wir mehr Wirkung erzielen.
- Auch die Studentenschaft sollten wir mobilisieren.
- Wenn wir unsere Mitglieder und die BürgerInnen für das Thema Handel und öffentliche Dienste interessieren können, könnte dies auch dazu beitragen, eine gewisse Demokratie-Apathie zu überwinden.
- Abgesehen von der aktuellen Problemlösung sollten wir auch über eine längerfristige Agenda zur Gestaltung der Handels- und Entwicklungspolitik nachdenken, die zur Lösung unsere aktuellen Probleme gebraucht wird.

Schlussfolgerungen

Penny Clarke (EGÖD) und Louise Høj Larsen (EGBW) beendeten die Konferenz und erklärten, dass sie alle Anregungen und Ideen der letzten beiden Tage zusammenfassen wollen. Darüber hinaus bekräftigten sie, dass die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und den Gewerkschaftsverbänden weitergehen werde.

Neben dem Seminarbericht wird außerdem ein Aktionsplan entworfen, in dem Initiativen auf nationaler und europäischer Ebene vorgeschlagen werden. Die TeilnehmerInnen und andere EGÖD/EGBW-Mitglieder sollen angeben, welche Beiträge sie leisten können, z.B. Verfassen von Briefen, Durchführen von Veranstaltungen. Lobbytätigkeit und Kampagnen; zunächst im Hinblick auf den 18. April (vorgeschlagener europäischer Aktionstag) und dann auf den 23. Juni (Tag des öffentlichen Dienstes).